

Michael Bröning
Christoph P. Mohr (Hg.)

**Flucht,
Migration
und die
Linke in
Europa**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0506-5

Copyright © 2017 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Lektorat: Eckard Schuster
Umschlag: Hermann Brandner, Köln
Satz: Jens Marquardt, Bonn
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2017

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

<i>Michael Bröning und Christoph P. Mohr</i> Flucht, Migration, Verantwortung und das progressive Dilemma der Linken - Eine Einführung	9
--	---

Teil I Länderstudien

<i>Kristian Weise</i> Zweifel an der multiethnischen Wohlfahrtsgesellschaft in Dänemark.....	23
--	----

<i>Vincent Tiberj</i> Wie hält es die Linke in Frankreich mit der Zuwanderung?	42
---	----

<i>Michael Braun</i> Reaktiv statt proaktiv: Migration und die Linke in Italien	56
--	----

<i>Peter Scholten</i> Migration und Integration in den Niederlanden: polarisiert und politisiert	73
--	----

<i>Oliver Gruber</i> Mehr als nur »the economy, stupid!« - Österreichs Sozialdemokratie und ihr ambivalentes Verhältnis zu Migration	92
---	----

<i>Dorota Szelewa und Michał Polakowski</i> Erbitterte Debatten: Flucht, Zuwanderung und die polnische Linke	111
--	-----

<i>Anders Lindberg</i>	
Migration und typisch schwedische Politikkultur	132
<i>Gianni D'Amato</i>	
Herausforderung Migration: die schweizerische Linke in der direktdemokratischen Arena	149
<i>Zuzana Gabrižová und Radovan Geist</i>	
Vom Randthema in den Fokus: Migration und die Linke in der Slowakei	173
<i>Gonzalo Fanjul</i>	
Vom Risiko, Teil des Problems zu sein: Die spanische Linke und die Herausforderung Migration	192
<i>Tamás Boros</i>	
Ungarn: Das Land der Anti-Merkel-Flüchtlingspolitik	212
<i>Phoebe Griffith</i>	
Die britische Labour Party und das Vermächtnis der Masseneinwanderung	230
Teil II	
Politische Einordnungen	
<i>Luboš Blaha</i>	
Migration und der Kulturkampf der Linken	249
<i>Annelie Buntenbach und Volker Roßocha</i>	
Migration und Gewerkschaften: Wie positionieren sich Arbeitnehmerorganisationen?	256
<i>René Cuperus</i>	
Wie Migration die europäische Linke fragmentiert - Reflektionen aus den Niederlanden	267
<i>Ahmad Mansour</i>	
Von linkem Rassismus und Kuschtieren	289

<i>Wolfgang Merkel</i> Kosmopolitismus versus Kommunitarismus - ein neuer Konflikt	299
<i>Dietmar Molthagen</i> Erwartungen, Chancen und Selbstverständlichkeiten einer Integrationspartei	314
<i>Sheila Mysorekar</i> Hood Robin - Nur wahre Liebe zählt: Wahlvolk, w/m, mündig, dunkelhaarig, sucht linke Partei für dauerhafte Beziehung	327
<i>Aydan Özoğuz</i> Weshalb das Thema Migration und Integration eine Chance ist	336
<i>David Goodhart</i> Einwanderung als aggressivste Form der Globalisierung: Die Linke in Großbritannien	346
<i>Lisa Pelling</i> Warum die Linke für offene Grenzen sein sollte	362
<i>Paul Scheffer</i> Die Freiheit der Grenze und die Suche nach der moralischen Mitte	375
Anhang Die Herausgeber, die Autorinnen und Autoren	393

Michael Bröning und Christoph P. Mohr

Flucht, Migration, Verantwortung und das progressive Dilemma der Linken – Eine Einführung

Selbst Gretchenfragen sind Veränderungen unterworfen. Nachdem über Jahrhunderte konfessionelle Bekenntnisse im Zentrum politischer Identitätsbestimmung standen und erst im Zuge der Industrialisierung von Fragen nach Eigentumsverhältnissen bei Produktionsmitteln ergänzt, wenn nicht abgelöst wurden, hat sich in den vergangenen Jahren in vielen europäischen Gesellschaften die Bewertung von Migration zu einer Kernfrage politischer Positionsbestimmungen und zu einer der zentralen politischen Herausforderungen der Gegenwart entwickelt. Bekenntnisse zu gesellschaftlicher Offenheit beziehungsweise Forderungen nach einer stärkeren Regulierung und Reduzierung von Migration werden mittlerweile als ideologisch richtungweisende Grundsatzentscheidung wahrgenommen und führen unweigerlich zu pointierten politischen Auseinandersetzungen - wie nicht zuletzt in den zurückliegenden europäischen Wahlen deutlich wurde. Dabei werden westliche Gesellschaften durch das Thema Migration mit einer strukturellen Herausforderung konfrontiert, an der sich die Parteiensysteme Europas langfristig neu ausrichten könnten.

Migration ist dabei nicht erst seit gestern ein zentraler Teil der politischen Architektur einer immer stärker vernetzten Welt. Bewegungsmuster auf globaler Ebene sowie der - trotz Einhebungsversuchen - Grenzen überwindende Charakter von Informationstechnologien und sozialen Medien haben geografische Distanzen gefühlt verschwimmen lassen, die Welt in der Wahrnehmung vieler Menschen transnationalisiert und zu einer immer engeren Vernetzung von Institutionen, Organisationen und Individuen über Landes- und Kontinentgrenzen hinweg geführt. Dabei ist die Welt aber nicht nur gefühlt zusammengerückt. Tatsächlich ist sie

einer Art Weltöffentlichkeit mit gegenseitigem Wissens-, Erfahrungs- und Lebensrealitätsaustausch heute näher als je zuvor in der Geschichte der menschlichen Zivilisation. Das Ergebnis sind nicht nur die hinlänglich bekannten globalen Lieferketten, ein oftmals länderübergreifender Arbeitsmarkt im Niedriglohn- und High-Skill-Segment und das Eintauchen in fremde Kulturen per Vielfliegerprogramm, sondern auch globale Migrationsbewegungen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR zählte 2016 rund 65,6 Millionen Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Asylsuchende, die, angetrieben durch kriegerische Konflikte, Perspektivlosigkeit und die Aussicht auf ein besseres Leben, territoriale Grenzen überschreiten.

Doch die Kategorisierung von Migration als historische Normalität bedeutet nicht eine Verlagerung des Themas in den Bereich des Unpolitischen. Im Gegenteil: Als Reaktion auf fortschreitende Migrationsbewegungen ist eine wachsende Polarisierung in den industrialisierten Gesellschaften der Nordhalbkugel zu beobachten, die sich in vielen Fällen quer durch bisherige Volksparteien zieht. Wolfgang Merkel spricht hier von einer »kosmopolitisch-kommunitaristischen Konfliktlinie«, die sich nicht zuletzt an den Polen der Bewertung von Migration ausrichtet.¹

Die Antagonisten dieses Konflikts lassen sich idealtypisch als überdurchschnittlich gut verdienende, über hohes Humankapital verfügende, sich weltoffen präsentierende Akademiker einerseits und eher über geringes Sozialkapital verfügende Traditionalisten mit ausgeprägtem Bezug zum Nationalstaat als kultureller und ökonomischer Bezugsgröße andererseits charakterisieren. Es ist diese Polarisierung, die die etablierten Parteiensysteme in zahlreichen westlichen Gesellschaften vor neue und sehr grundsätzliche Herausforderungen stellt: Wählerschaften lassen sich nicht (mehr) einheitlich verorten, und selbst auf der Ebene einzelner Parteien finden sich Vertreter und Verfechter beider Pole, die mit einer Stimme politisch anzusprechen zunehmend schwierig erscheint.

Dabei verwundert es nicht, dass die gegenläufigen Unterscheidungslinien in politischen Wahlen mit besonderer Wucht aufeinandertreffen. In weiten Teilen Europas wurden und werden Wahlentscheidungen derzeit maßgeblich durch Verortung zum Thema Migration beeinflusst, wenn nicht bestimmt. Im Brexit-Referendum, in Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und selbst bei Abstimmungen auf lokaler Ebene in zahlreichen deutschen Bundesländern waren Migration und Integration zuletzt immer wieder *die* polarisierenden und mobilisierenden Themen des öffentlichen Diskurses. Auch die Meinungsforschung belegt die anhaltende Relevanz des Themas. So verweisen die regelmäßigen Umfra-

gen des *Eurobarometers* darauf, dass für eine Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger Migration, Integration und – damit zusammenhängend – die Frage der Sicherheit als die mit großem Abstand am dringendsten zu bearbeitenden politischen Herausforderungen betrachtet werden.

Doch – auch das wird im vorliegenden Band deutlich – die Gretchenfrage der Migration sticht geografisch nicht überall im gleichen Maße. In weiten Teilen des krisengeschüttelten Südens Europas geben nach wie vor ökonomische Herausforderungen bei Wahlentscheidungen den Ausschlag, obwohl auch hier die Themen Migration, Integration und Flucht bei Urnengängen bisweilen eine wichtige Rolle spielen.

Fast möchte man sagen: Wie könnte es denn auch anders sein? Denn hinter der gesellschaftlichen Diskussion um Migration und Integration stehen immer auch identitäre Schlüsselfragen wie das Verständnis von Nation, das Verhältnis zur Heimat und zu globalen Verantwortlichkeiten. Im Kern geht es dabei immer auch um die zentrale Frage, wer zum »wir« gehört, das sich in Gesellschaftsverträgen konstituiert – und wer nicht. Diese Grundsatzfragen bleiben dabei nicht im Abstrakt-Theoretischen, sondern werden heruntergebrochen auf die Ebene des Praktisch-Politischen. Auch deshalb verknüpfen sich in kaum einer politischen Schlüsselfrage Prinzipien und Grundwerte so stark mit realpolitischen Erfordernissen, Bedingungen und Herausforderungen. Für politische Bewegungen zu klären sind dabei einerseits konkrete Fragen danach, wie westliche Wohlstandsgesellschaften auf die Herausforderungen des demografischen Wandels reagieren sollen, wie soziale Kohärenz garantiert werden kann und wie Einwanderung politisch zu gestalten ist. Darüber hinaus aber geht es immer wieder auch um die äußerst ernste Frage nach der Gewichtung von moralischen Normen in der Politik an sich. Hier fragt Julian Nida-Rümelin zu Recht nach der »Ethik der Migration«.² Anders gefragt: Hat Moral (k)eine Obergrenze?

Und dabei bleibt es nicht: Denn diese komplexe Debatte wird nicht lediglich im nationalen Rahmen ausgetragen, sondern im Konzert einer europäischen Gemengelage. In dieser müssen nationale Übereinkommen zugleich auf ihre europapolitische Umsetzung überprüft werden – ein Prozess, der sich durchaus schwierig gestalten kann.

Grundsätzlicher noch stehen gerade progressive Parteien dabei vor der Aufgabe, moralische Bekenntnisse zu Solidarität auf globaler Ebene in Einklang zu bringen mit den Erfordernissen und Segnungen eines sicherheits- und identitätsstiftenden Sozialstaats, der in Europa bislang zumeist auf dem Nationalstaat als Bezugsrahmen begründet ist. Diesen

Konflikt hat David Goodhart bereits 2004 als »progressives Dilemma«³ bezeichnet. Im Kern verweist Goodhart darauf, dass Diversität und Solidarität in einem nicht unerheblichen Spannungsverhältnis zueinander stehen können.

Für Parteien der linken Mitte kommt erschwerend hinzu, dass sich diese Debatten vor dem Hintergrund einer vielschichtig krisenhaften Entwicklung der europäischen Mitte-Links-Bewegungen abspielen, in deren Verlauf sich die Wählerinnen und Wähler in vielen Ländern zuletzt von diesen Parteien abgewendet haben. Faktisch wird derzeit kaum noch ein Mitgliedsland der Europäischen Union von der linken Mitte regiert. In Malta regieren Sozialdemokraten alleine - und bilden damit die Ausnahme von der Regel. In Frankreich steckt der *Parti Socialiste* nicht erst seit dem für sie katastrophalen Wahljahr 2017 in einer Krise, ebenso wie die *Partij van de Arbeid* in den Niederlanden, die in den Wahlen im März 2017 fast vollständig marginalisiert wurde. Selbst in Schweden, dem traditionellen Kernland der europäischen Sozialdemokratie, erreichen die rechtspopulistischen Schwedendemokraten bisweilen Werte jenseits der 20 %, während die Unterstützung für Mitte-Links-Parteien in weiten Teilen Ost(mittel)europas ohnehin seit Längerem im einstelligen Bereich liegt.

Die Hauptursachen dafür, dass sich Arbeiter von den (ehemaligen) Arbeiterparteien massiv abwenden, sind im strategischen Kurswechsel europäischer Mitte-Links-Parteien Ende der 1990er-Jahre und dem weitreichenden Schrumpfen des klassischen Arbeitermilieus durch strukturelle Veränderungsprozesse verortet worden. Weite Teile der europäischen Sozialdemokraten haben sich von traditionellen regulatorischen Positionen getrennt und sich als »New Labour«, »Dritter Weg« oder »Neue Mitte« für Liberalisierung und Deregulierung geöffnet. Diese Hinwendung zur Mitte - beziehungsweise zu dem, was man dafür hielt - war zunächst erfolgreich, doch schuf sie zugleich einen ideologischen Graben im Verhältnis zu den traditionellen Stammwählern.

Als Reaktion wurden in vielen europäischen Mitte-Links-Parteien die programmatischen Verschiebungen in sozioökonomischen Fragen durch zunehmend progressivere Positionen in soziokulturellen Fragen ergänzt und kompensiert - gerade in Bezug auf Migrations- und Integrationspolitik. Für manch einen Wähler und Parteistrategen erwiesen sich dabei Fortschrittsbekenntnisse in identitätspolitischen Bereichen als attraktive Wiedergutmachung für den gefühlten Ausverkauf sozioökonomischer Prinzipien. Mitte-Links-Parteien lockerten Einwanderungsbeschränkungen, liberalisierten das Staatsbürgerschaftsrecht und befassten sich in-

tensiv mit der Austarierung ihrer genderpolitischen Positionierung - aus Überzeugung, in Anbetracht real existierender Herausforderungen und als Beleg einer nach wie vor progressiven Gesinnung.

In der Summe hat sich die Positionsverschiebung der linken Mitte als durchaus handfeste Herausforderung erwiesen. Denn die migrationspolitischen Debatten der Gegenwart werden nicht im luftleeren Raum ausgetragen, sondern vor historischen Erfahrungshorizonten. Je nach Deutung beeinflusst die Debatte über bisherige Integrationserfahrungen maßgeblich den aktuellen Diskurs: entweder als geglückte und bereichernde Erfolgsgeschichte der Einbeziehung oder als weitgehend gescheiterter Import von gesellschaftlichen Parallelstrukturen und Unsicherheitsfaktoren. Nicht zuletzt erklärt dies die hohe Brisanz, mit der Fragen der Integration gesellschaftlich bearbeitet, diskutiert und - immer wieder auch - mit politischen Tabus belegt werden.

Wie also haben die politischen Parteien des Kontinents, und hier insbesondere die der linken Mitte, auf diese Entwicklung reagiert? Zu welchen Verlagerungen und Verschiebungen ist es gekommen? Auf welchem Weg ist das Thema durch die Transmissionsriemen der Parteien in die öffentliche Debatte transportiert worden? Welche Rolle spielten die Parteiöffentlichkeit, die Medien, die (ver)öffentlichte Meinung und taktische beziehungsweise strategische Überlegungen?

Diesen Fragen gehen die Beiträge des vorliegenden Sammelbands nach, die in enger Zusammenarbeit mit den europäischen Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengestellt wurden. Ziel ist es dabei, durch eine Bestandsaufnahme die strategischen Entwicklungen der vergangenen Jahre zu erfassen. Zugleich geht es darum, einen Beitrag zu einer konstruktiven inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Migration zu leisten und Erfahrungen und Lektionen aus anderen europäischen Ländern auch für die deutsche Debatte nutzbar zu machen.

Zu betonen ist, dass die Themen Flucht, Migration und Integration nicht als solche Gegenstand der Betrachtung sind, sondern dass sie stets im Spiegel ihrer (partei)politischen Bearbeitung behandelt werden. In den vorliegenden Beiträgen werden daher nicht Fluchtursachen, Migrationsströme und Integrationspolitiken diskutiert, sondern der Umgang politischer Akteure mit diesen gesellschaftlichen Herausforderungen. Dieser Ansatz ist es, der dabei auch die grundsätzlich ja durchaus fragwürdige analytische Gleichsetzung von so unterschiedlichen Kategorien wie Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention, Asylsuchenden und nicht gewaltsam vertriebenen Migrant*innen rechtfertigt. So konzeptionell unterschiedlich diese Gruppen definiert werden, so politisch

pauschal werden sie im öffentlichen Diskurs in der Regel diskutiert – nicht zuletzt weil das Resultat so oder so Einwanderung ist.

Grundsätzlich unterteilt sich der Band in zwei Teile. In einem ersten Abschnitt haben sich ausgewiesene Experten daran gemacht, ausgehend von der Flüchtlings- und Migrationskrise des Jahres 2015 die grundsätzlichen Tendenzen der Migrationspolitik in insgesamt zwölf europäischen Ländern zu beschreiben und dabei insbesondere die Position der Parteien links der Mitte herauszuarbeiten. In der Zusammenstellung der Studien wurde dabei darauf geachtet, ein möglichst breites Spektrum europäischer Erfahrungen aus allen Teilen des Kontinents abzudecken. Ziel war nicht eine akademisch-vollständige Abhandlung historischer Entwicklungen, sondern eher das seismografische Nachzeichnen von politischen Trends, Problemanalysen und dem Ringen um Antworten, mit besonderem Augenmerk auf zentralen politischen Akteuren des jeweiligen Landes.

So verweist Kristian Weise in seinem Beitrag zu Dänemark auf das Spannungsverhältnis zwischen der dänischen Wohlfahrtsgesellschaft und der Zuwanderung und führt aus, warum vier der fünf letzten dänischen Parlamentswahlen durch den Diskurs um Migration und Integration entschieden worden sind.

Auch in Frankreich hat sich das Thema Migration – gerade für die Linke – zu einer der wahlentscheidenden Fragen entwickelt, wie nicht zuletzt in den Wahlgängen dieses Jahres deutlich wurde. Besonders deutlich wurde die Relevanz des Themas bei Marine Le Pen, Kandidatin des Front National für die Präsidentschaftswahl 2017. Le Pen fokussierte sich in ihrer Kampagne auf die Themen Migration und Sicherheit und zog so in den zweiten Wahlgang ein. Dort unterlag sie Emmanuel Macron zwar deutlich, konnte aber über 10 Millionen Stimmen auf sich vereinen. Um die komplexe Beziehung Frankreichs zur Immigration zu verdeutlichen, geht Vincent Tiberj in seiner Analyse auf historische Entwicklungen ein und zeigt in einem zweiten Schritt, wie sich die Einstellungen der Franzosen – und der Parteien – gegenüber Einwanderung mit der Zeit verändert haben.

Das Fehlen einer einheitlichen Migrations- und Integrationspolitik hingegen beschreibt Michael Braun in seiner Bestandsaufnahme zu Italien. Braun konstatiert eine »thematische Enthaltensamkeit der Linken«, die den »paradox positiven Effekt« hat, dass ein Diskurs über Einwanderung in die Sozialsysteme – anders als in vielen anderen europäischen Gesellschaften – im Bel Paese bislang nicht geführt wird. Ein wahlentscheidender Effekt hat sich dort bislang nicht gezeigt.

Ganz anders stellt sich dagegen die Lage in den Niederlanden dar. So verdeutlicht Peter Scholten in seinem Aufsatz, warum die bis in die 1990er-Jahre hinein freizügige Migrationspolitik der Niederlande heute zur Disposition steht. Das Thema avancierte 2017 zum zentralen Wahlkampfthema - mit desaströsen Folgen für die niederländische Sozialdemokratie, der es augenscheinlich nicht gelang, überzeugende Antworten auf die Herausforderungen zu formulieren.

Mit ähnlichem Resultat für linke Parteien, doch unter anderem Vorzeichen wird das Thema Migration bekanntlich in Ungarn debattiert. Hier wird der öffentliche Diskurs über Flüchtlinge, Zuwanderung und Integration bereits seit einiger Zeit von den Rechtspopulisten dominiert. Tamás Boros veranschaulicht in seiner Analyse, warum die ungarische Linke es bisher nicht vermochte, das Thema erfolgreich für sich zu besetzen.

Wiederum gegensätzliche Prozesse beschreibt Oliver Gruber in seinem Beitrag über Österreich. Auch hier haben sich die Themen Migration, Asyl und Integration zu einer politischen Herausforderung insbesondere für die österreichische Sozialdemokratie entwickelt. Gruber zeichnet den ambivalenten Umgang der Sozialdemokraten mit dem Thema nach und befasst sich mit aktuellen und strukturellen Verschiebungen auf kulturellen und ökonomischen Links-Rechts-Konfliktachsen.

Während die politische Befassung mit Flucht und Migration in Österreich medial massiv ausgeleuchtet wurde, wird oft übersehen, welche Brisanz das Themenfeld auch in Polen einnimmt. Dorota Szelewa und Michał Polakowski beschreiben, wie die Flüchtlingskrise 2015 das zuvor marginale Thema Migration und Integration in den politischen Fokus rückte und es zum Gegenstand diverser Wahlkampagnen machte. Auch hier konstatieren Szelewa und Polakowski eine massive Schwäche der Linken nicht zuletzt in den erbitterten Debatten des Wahljahres 2015.

Einen inhaltlichen Kontrapunkt liefern dagegen Radovan Geist und Zuzana Gabrizova mit Blick auf die Slowakei. Beide beleuchten die Faktoren, die sich maßgeblich auf die seit 2015 emotional aufgeladene Migrationsdebatte in diesem Land und auf die diesbezüglichen Positionen der politischen Parteien auswirkten. Im Fokus steht dabei vor allem die sozialdemokratische Partei (Smer-SD), die sich - sehr zum Ärger manch einer europäischen Schwesterpartei - dabei deutlich nicht nur gegen jegliche europäische Umverteilung von Asylsuchenden ausspricht, sondern auch gegen »die Bildung einer zusammenhängenden muslimischen Gemeinschaft im Land«.

Hiervon scheint der Debattenstand in Schweden meilenweit entfernt. Oder doch nicht? Auch hier hat die gesellschaftliche Bewertung von Mi-

gration und Flucht in den vergangenen Monaten deutliche Wandlungsprozesse durchlaufen. In seiner Analyse beschreibt Anders Lindberg den relativ unvermittelten Wandel in der schwedischen öffentlichen Meinung hin zu einer restriktiveren Ausrichtung als »typisch schwedische Politikkultur«. Dabei führt er auch aus, was dieser Wandel und die Veränderung des Meinungskorridors für die politische Linke bedeuten.

Die Versuchungen populistischer Reaktionen und den legitimen Anspruch responsiver Politik beschreibt Gianni D'Amato bezogen auf die »direktdemokratische Arena Schweiz«. Auch für die Eidgenossenschaft konstatiert der Autor die Notwendigkeit für die politische Linke, der historischen »Herausforderung Migration« mit überzeugenden Antworten auf wirtschafts- und gesellschaftspolitische Probleme zu begegnen, freilich ohne dabei der Versuchung des Populismus anheimzufallen.

Diese Versuchung beschreibt - anders gelagert - auch Gonzalo Fanjul in seiner Analyse der migrationspolitischen Positionsverschiebungen der vergangenen 30 Jahre in der spanischen Linken. Dabei appelliert der Autor an die spanische Linke, den Diskurs grundsätzlich zu verändern: Grundrechte dürfen niemals davon abhängig sein, an welchem Orte jemand geboren sei.

Den Schlusspunkt der europäischen Länderanalysen setzt Phoebe Griffith mit Blick auf die migrationspolitische Debatte im Vereinigten Königreich, wo Masseneinwanderung als eines der nachhaltigsten Vermächtnisse der Labour-Regierungszeit (1997-2010) bezeichnet werden kann und wo die Debatte auch über innereuropäische Migration den Ausgang des Brexit-Votums maßgeblich beeinflusste. Letzteres auch, weil »die Partei unterschätzt hat, welche Auswirkungen Masseneinwanderung auf die öffentliche Meinung haben würde« - wie Griffith feststellt.

Die Bilanz dieser migrationspolitischen Bestandsaufnahme in ausgewählten europäischen Ländern ergibt einen *deutlichen* und einen *ambivalenten* Befund. Zunächst belegen die hier versammelten Beiträge die enorme Relevanz des Themas für die Wählerinnen und Wähler in ganz unterschiedlichen Ländern und für das Parteiensystem insgesamt. In zehn von zwölf hier untersuchten Ländern haben sich migrationspolitische Fragen in den vergangenen Jahren zu tendenziell wahlentscheidenden Themen entwickelt, auf die auch und gerade Parteien links der Mitte überzeugende Antworten entwickeln müssen, so sie an der Wahlurne bestehen wollen. In dieser Massivität ist dieses Ergebnis durchaus überraschend. Zugleich aber - und das ist der ambivalente Befund - zeichnet sich in der Gesamtschau bislang eben keine einheitliche Posi-

tionierung europäischer Mitte-Links-Kräfte zum Themenfeld Migration ab. Im Gegenteil: Das entstehende Bild gleicht eher einem Mosaik durchaus unterschiedlicher politischer Bearbeitungsversuche als einem kohärenten politischen Ansatz.

Das Spektrum reicht dabei von migrationsfeindlichen Positionierungen wie in der Slowakei über tendenziell rigidere Ansätze wie in Dänemark bis zu stark global-solidarisch geprägten Ansätzen wie in der ungarischen, polnischen oder spanischen Linken.

Dieser Befund wiederum lässt sich in einer Vielzahl der hier untersuchten politischen Bewegungen zugleich auf die Mikroebene der einzelnen politischen Parteien in Anwendung bringen: Denn auch innerhalb der europäischen Mitte-Links-Parteien wird Migrationspolitik derzeit alles andere als einheitlich bewertet, sondern - im Gegenteil - durchaus kontrovers debattiert.

Vor diesem Hintergrund wird im zweiten Teil des vorliegenden Bandes der Frage nachgegangen, welche grundlegenden Schlüsse aus der ethnografischen Tour d'Horizon zu ziehen sind. In der Zusammenstellung dieser als - auch kontroverse - Zwischenrufe konzipierten Beiträge wurde dabei darauf Wert gelegt, ein breites Meinungsspektrum wiederzugeben und so der Frage nachzugehen, welche Schlussfolgerungen politische Akteure links der Mitte aus den gesammelten Bestandsaufnahmen ziehen können, sollen und müssen.

Wie zu erwarten, gehen die Einschätzungen und Empfehlungen teils weit auseinander. So leitet Dietmar Molthagen aus einer Analyse des Konzepts der Integration ab, wie und weshalb sich gerade die Sozialdemokratie als Partei der Integration aufstellen muss. Im Gegensatz dazu warnt René Cuperus in seinem von den politischen Erfahrungen in den Niederlanden geprägten Beitrag eindringlich davor, dass traditionelle Mitte-Links-Parteien durch Fehlpositionierungen gerade bei diesem Thema massiv politischen Rückhalt verlieren können. In eine ähnliche Richtung argumentiert Wolfgang Merkel, der in seinem Beitrag für einen differenzierten Ansatz plädiert und zugleich auf die »Kosmopolitismusfalle« der Linken verweist, die sich langfristig als schwere Hypothek für Mitte-Links-Parteien mit Regierungsambitionen erweise.

Einen optimistischeren Standpunkt vertritt im Gegensatz hierzu Aydan Özoğuz. Sie beschreibt das Phänomen einer »gefühlten Einwanderung«, das eine rationale und faktenbasierte politische Auseinandersetzung strukturell erschwert. Zugleich aber seien »hochpolitische Zeiten« - wie derzeit unter dem Eindruck hoher Flüchtlingszahlen - historisch stets auch »Sternstunden der Linken«, in der es auf »Solidarität, Teilhabe

und Gerechtigkeit« ankomme, nicht aber auf den »nebulösen Begriff der ›Leitkultur«.

Die Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Migrationspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht nehmen dagegen Annelie Buntenbach und Volker Roßocha in den Blick. Sie fordern einen »grundlegenden Kurswechsel in der Migrationspolitik«, im Zuge dessen man »Menschen, die nach Deutschland einwandern, mit all ihren Prägungen anerkennen und ihnen - genauso wie der nicht eingewanderten Bevölkerung - gleiche Rechte und Chancen einräumen« müsse.

Ein starkes Echo finden Buntenbach und Roßocha dabei bei Lisa Pelling, die gerade politische Kräfte links der Mitte dazu auffordert, sich grundsätzlich für eine Öffnung von Grenzen stark zu machen und die möglichen positiven ökonomischen Effekte einer solchen Öffnung in den Vordergrund stellt.

Auf Widerspruch trifft diese Position bei David Goodhart, der der Linken vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung empfiehlt, eine eher zentralistische Position einzunehmen, in der Migration einerseits begrenzt, andererseits aber Integrationsbestrebungen dezidiert gefördert werden sollten.

In ein ähnliches Horn stößt Luboš Blaha, der sich in seinem Beitrag mit dem »Kulturkampf innerhalb der Linken« auseinandersetzt und westlichen progressiven Kräften vorwirft, durch ihren Traum von einer »globalen Gesellschaft ohne Grenzen« nicht nur in Ost- und Mitteleuropa die eigene Kernklientel zu verprellen.

Einen kritischen Blick auf die Wirklichkeit der Integration in Deutschland wirft Ahmed Mansour in seinem Diskussionsbeitrag. Sein Vorwurf: Gerade die politische Linke habe in der Auseinandersetzung mit dem Thema Migration und Integration »ihre Werte verraten« und solle endlich damit aufhören, Migrantinnen und Migranten paternalistisch zu entmündigen. An die gleiche Adresse - wenngleich mit einer grundverschiedenen Botschaft - wendet sich auch Sheila Mysorekar, die progressive politische Kräfte dazu auffordert, endlich auf Migrantinnen und Migranten zuzugehen und verdeutlicht, dass »Deutsche aus Einwandererfamilien« zugleich vermehrt ihre Rechte einfordern.

Abgeschlossen wird das Meinungsbild durch Paul Scheffer, der in seinem Aufsatz der Frage nachgeht, inwiefern ein progressiver europäischer Konsens in Bezug auf migrationspolitische Fragen möglich und realistisch erscheint.

In der Summe dieser versammelten Stimmen ergibt sich ein so kontroverses wie realistisches Abbild des aktuellen Debattenstandes der

deutschen und europäischen linken Mitte, ohne dass freilich ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden könnte. Angesichts der in den vorliegenden Beiträgen zutage tretenden inhaltlichen und normativen Differenzen wird einmal mehr deutlich, welche eminente Bedeutung Migration und Integration für europäische Gesellschaften und progressive Kräfte in Europa mittlerweile haben und wie umstritten das Thema ist.

Bei aller Differenz in den Auffassungen besteht einerseits durchaus Grund zu zumindest verhaltenem Optimismus. Denn bei allen Unterschieden machen die hier versammelten Beiträge deutlich, dass das Themenfeld Flucht, Migration und Integration von den bestehenden Parteien links der Mitte konstruktiv politisch bearbeitet wird. Das ist durchaus kein Bagatellbefund. Denn angesichts radikaler Positionierungen in (weiten) Teilen der Rechten scheint es, dass gerade der linken Mitte eine zentrale Bedeutung dabei zukommt, eine politisch hochgradig aufgeladene Debatte differenziert und ausgewogen zu führen. Die Tatsache, dass sich in dieser politischen Auseinandersetzung bislang keine Konvergenz der Meinungen eingestellt hat, ist nicht notwendigerweise ein Zeichen der Schwäche. Belegt die Vielstimmigkeit nicht vielmehr, dass sich Mitte-Links-Parteien des Themas mit großer Flexibilität annehmen und so die Bandbreite der öffentlichen Positionen bei der Formulierung von Policy-Vorschlägen reflektieren? Eben das aber ist eine der zentralen Aufgaben vitaler politischer Parteien. Zugleich aber belegen die hier versammelten Analysen die Sprengkraft des Themas gerade für europäische politische Bewegungen links der Mitte, die Gefahr laufen, ihre Anschlussfähigkeit an die Mehrheitsgesellschaft und ihre traditionelle Stammwählerschaft in ihrer Positionierung zu Migration und Integration einzubüßen.

Wenn der vorliegende Sammelband zu einer konstruktiven Debatte dieses schwierigen Themas einen Beitrag leistet, hat er seine Aufgabe erfüllt. Denn in der Politik wie in der Literatur sind nicht nur Gretchenfragen von Bedeutung, sondern auch Gretchenantworten.

Anmerkungen:

- 1 Wolfgang Merkel: Bruchlinien Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. In: WZB Mitteilungen, Heft 154, Dezember 2016.
- 2 Julian Nida-Rümelin: Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration. Edition Körber-Stiftung, März 2017.
- 3 David Goodhart: Too diverse? In: Prospect Magazine, Februar 2004.
<http://www.prospectmagazine.co.uk/features/too-diverse-david-goodhart-multiculturalism-britain-immigration-globalisation>.

Zweifel an der multiethnischen Wohlfahrts- gesellschaft in Dänemark

»Wir werden alles in unser Macht Stehende tun, um die Zahl der nicht-westlichen Flüchtlinge und Immigranten einzuschränken, die in unser Land kommen«, schrieb einer der führenden Politiker der dänischen sozialdemokratischen Partei (*Socialdemokraterne*) im Dezember 2015 in einer dänischen Tageszeitung und fuhr fort: »Aus diesem Grund sind wir schon weit gegangen, viel weiter, als wir es je für möglich hielten. Denn wir wollen die Wohlfahrts-gesellschaft nicht im Namen der Menschlichkeit aufs Spiel setzen.«

Diese Erklärung wurde ein halbes Jahr nach Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise in Europa abgegeben, in einer Zeit, als Flüchtlinge zu Fuß auf dänischen Autobahnen unterwegs waren und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und andere Maßnahmen zur Abschreckung des nach Dänemark strebenden Flüchtlingsstroms ganz oben auf der politischen Tagesordnung standen. Die Aussage war umstritten und ging über die gemeinsame Parteilinie hinaus. Dennoch spiegelt sich darin der Endpunkt eines Weges wider, den die Sozialdemokratie beziehungsweise die Linke allgemein seit über zwei Jahrzehnten beschreiten. Ein Weg, auf dem es nach und nach mehr Akzeptanz fand, die Probleme der Integration von nichtwestlichen Ausländern in die dänische Gesellschaft in den Vordergrund zu rücken, und ein Weg, auf dem die Partei eine immer härtere Haltung zur Zuwanderung entwickelt hat.

In den letzten Jahrzehnten gehörte die Frage der Zuwanderung und Integration von Ausländern zu den wichtigsten politischen Themen in Dänemark. Angeblich hat dieses Thema vier der fünf letzten Parlamentswahlen entschieden, also alle Wahlen, die in diesem Jahrtausend stattfanden mit Ausnahme der Wahl, die unmittelbar auf die Finanzkrise folgte. Und das Thema beherrschte auch die öffentliche Debatte in den meisten dieser Jahre. Mit der zunehmenden Fokussierung auf die Migration und die damit verbundenen Probleme haben sich sowohl der poli-

tische Diskurs als auch die Politik verändert. Wie in vielen anderen europäischen Ländern sehen daher auch in Dänemark die politische Landschaft und Dynamik heute anders aus als noch eine Generation zuvor.

Insbesondere die Linke hat sich mit diesen Fragen äußerst schwergetan, sich irgendwie durchgewurstelt und viele interne Kämpfe über Positionen und Maßnahmen ausgefochten. Die linken Parteien haben in den vier Wahlen verloren, in denen Zuwanderung, Ausländer und Integration die Hauptwahlkampfthemen waren. Immer wieder kamen Koalitionen aus traditionellen rechten Parteien und neuen rechtspopulistischen Parteien an die Macht.

Auch wenn es zur Frage der Migration im linken politischen Spektrum immer noch unterschiedliche Ansätze gibt - sowohl zwischen den Parteien als auch innerhalb der größten dieser Parteien, der sozialdemokratischen -, so hat sich in den letzten Jahren im Zuge der Flüchtlingskrise doch eine relativ stabile Position herauskristallisiert. Dabei stehen nicht mehr Werte und Grundsätze im Vordergrund, sondern vielmehr Fragen, die inhaltlich in den Rahmen von Pragmatismus und Wohlfahrtsökonomie eingebettet sind: Wie viele Ausländer kann ein Land von der Größe Dänemarks aufnehmen und integrieren? Und welche Folgen wird es für die Wohlfahrtsgesellschaft haben, wenn sich die Bevölkerung aus immer mehr Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Beschäftigungschancen und kulturellen Hintergründen zusammensetzt?

Dieser Rechtsruck ist einerseits nur mit einem Verweis auf den Aufstieg der populistischen Rechten in Form der *Dansk Folkeparti* (DF) zu verstehen und erklären, aber es bleibt andererseits auch festzuhalten, dass sich viele Sozialdemokraten anscheinend wohler fühlen, seitdem sie vorrechnen können, dass ein Ungleichgewicht besteht zwischen der Zahl der potenziell nach Dänemark kommenden Flüchtlinge und Zuwanderer und der Möglichkeit, all diese Menschen auf vernünftige Art und Weise aufzunehmen. Es entspricht jetzt der allgemeinen Denkweise, dass »Zahlen sehr wohl eine Rolle spielen«, und es ist weithin akzeptiert, nicht nur die Schwierigkeit herauszustellen, so viele Neuankömmlinge zu integrieren, sondern auch auf die Kosten für die Gesellschaft hinzuweisen für den Fall, dass diese Integration nicht gelingt.

Was genau steckt hinter dieser neuen Position der Linken, wie kommt sie zum Ausdruck, und welche Fragen wirft sie auf?

Eine »Stammesgesellschaft« bekommt neue Mitglieder

Obwohl Dänemark schon immer eine Seefahrer- und Handelsnation war und in seiner Geschichte wiederholt Zuwanderer aus Nachbarländern

aufgenommen hat, ist seine Bevölkerung in ethnischer, religiöser und kultureller Hinsicht doch relativ homogen geblieben. Aus der Überzeugung heraus, dass jeder mehr oder weniger von denselben Vorfahren abstammt, gilt die Gesellschaft gewissermaßen als »Stamm«. Erst vor etwa 60 Jahren wurde eine stete Einwanderung nach und nach zu einem Merkmal des Landes (die über 200.000 Deutschen, die in den letzten Kriegsjahren Zuflucht in Dänemark suchten, gingen nach Kriegsende nach und nach wieder nach Deutschland zurück).

Wie ein Großteil von Westeuropa erlebte auch Dänemark in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ein starkes Wirtschaftswachstum mit einer hohen Beschäftigungsrate. Die verarbeitende Industrie wuchs, und Dänemark benötigte ab den späten 1950er-Jahren mehr Arbeitskräfte. Die dänischen Arbeitgeber begannen aber erst im Laufe der 1960er-Jahre, sogenannte Gastarbeiter ins Land einzuladen. Diese Arbeitsmigranten kamen vorwiegend aus der Türkei, aus Pakistan und Jugoslawien.

Sie wurden als Gastarbeiter betrachtet, weil man erwartete, dass sie in ihre Heimatländer zurückkehren würden, sobald sie genug verdient hätten, um dort eine Familie ernähren zu können, oder sobald ihre Arbeitskraft in Dänemark nicht länger gebraucht würde. Als sich jedoch mit der Ölkrise in den frühen 1970er-Jahren die Wirtschaftslage änderte, stiegen nicht nur in Dänemark, sondern auch in den Herkunftsländern der Gastarbeiter die Arbeitslosenraten. Deshalb wollten viele von ihnen nicht zurückkehren. Aber auch die dänischen Arbeitgeber wollten sie nicht entlassen, weil sie sie für die Ausführung bestimmter Arbeiten und Aufgaben ausgebildet hatten, die dänische Arbeitskräfte möglicherweise gar nicht übernehmen konnten oder wollten. So blieben also die meisten Gastarbeiter im Land und ließen sich dauerhaft dort nieder.

Mit steigender Arbeitslosigkeit beschlossen die Sozialpartner und die von den Sozialdemokraten geführte Regierung Ende 1973, der Arbeitsmigration nach Dänemark einen Riegel vorzuschieben. Dennoch ging die Einwanderung nach Dänemark kontinuierlich weiter. Allerdings hatte sich die Zusammensetzung der Immigration verändert. Die während des Wirtschaftsbooms ins Land gekommenen Arbeitskräfte holten nun ihre Familien nach Dänemark nach, wie es durch die internationalen Menschenrechte und die nationalen gesetzlichen Bestimmungen zum Familiennachzug ermöglicht wurde. Mit der steigenden Zahl an Familienzusammenführungen kamen immer mehr Menschen aus der Türkei, aus Pakistan und Jugoslawien ins Land, die nicht mehr vorwiegend Männer im arbeitsfähigen Alter waren.

Unter einer konservativen Regierung verabschiedete Dänemark 1983 ein neues Ausländergesetz (*Udlændingeloven*), das als die weltweit liberalste Gesetzgebung in diesem Bereich galt. Es stärkte die rechtliche Stellung von Asylsuchenden und gewährte Ausländern unter anderem das Recht auf Familienzusammenführung.

Aufgrund der politischen Situation im Iran, des Krieges zwischen Iran und Irak, der Bürgerkriege im Libanon und in Sri Lanka sowie mehrerer anderer Konflikte in aller Welt begann die Zahl der Asylsuchenden 1984 anzusteigen und blieb die gesamten 1980er-Jahre hindurch hoch. In den frühen 1990er-Jahren kam der größte Zustrom an Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien (Serbien, Bosnien, Kroatien, Slowenien und Kosovo); allein 1992 trafen 9000 Menschen in Dänemark ein. Aufgrund der unsicheren Situation in ihrer Heimat erhielten viele dieser Flüchtlinge ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht, und die Zahl der aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Einwohner erreichte 2002 ihren Höhepunkt. Aber nicht nur die Zahl der Flüchtlinge nahm zu: Im Verlauf der 1990er-Jahre hatte sich die Zahl der türkischen Einwohner vervierfacht und die der pakistanischen verdoppelt.

Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends nahm die Migration aus dem restlichen Europa zu, vor allem aus den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsländern. Ganz ähnlich wie bei den Gastarbeitern in den 1970er-Jahren war in Dänemark auch jetzt die Nachfrage nach Arbeitsmigranten hoch. In den konjunkturstarke Jahre vor der Finanzkrise von 2008 brauchte Dänemark ausländische Arbeitskräfte für die steigende Zahl an unbesetzten Arbeitsplätzen. Die damalige Regierung empfing die aus Osteuropa nach Dänemark kommenden Arbeitsmigranten mit offenen Armen. Die meisten von ihnen fanden Arbeit in Branchen, in denen nur geringe Qualifikationen erforderlich sind, wie auf dem Bau, in der Landwirtschaft und als Haushaltshilfen. Im Jahr 2016 arbeiteten 119.000 Osteuropäer in Dänemark.

Obwohl diese Arbeitskräfte sowohl zur Wirtschaftsleistung beitrugen als auch in Form von Steuern in die Staatskasse einzahlten, wurden sie immer häufiger Diskussionsthema in der Öffentlichkeit, in den Medien und in der Politik. Im Dezember 2016 äußerte Jens Arnholtz von der Kopenhagener Universität gegenüber der Online-Zeitung *Avisen.dk*: »Jahr für Jahr erreichen die Zahlen der Osteuropäer auf dem dänischen Arbeitsmarkt neue Rekordhöhen. Ich bin sicher, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.« Unter anderem wirft das die Fragen auf, ob die Zugewanderten unter gleichberechtigten Bedingungen mit den Dänen um Arbeitsplätze konkurrieren, ob sie nicht eher dem sogenannten »Sozialtou-

rismus« frönen oder ob sie von ihren Arbeitgebern ausgenutzt werden, die auf diese Weise Sozialdumping betreiben.

In den letzten Jahren ist die Zuwanderung im Zusammenhang mit Flüchtlingen aus Kriegsgebieten in aller Welt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Im Jahr 2015 kamen die meisten Flüchtlinge aus Syrien (50 %), aus Afghanistan, dem Irak und aus Eritrea. Die Zahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen für Asylsuchende in Dänemark belief sich 2014 auf 6.104, im Jahr darauf stieg sie auf 10.849, und für 2016 betrug sie 7.494.

Ende 2016 lebten in Dänemark rund 570.000 Immigranten (definiert als Personen, die im Ausland geboren sind und deren Eltern beide Ausländer sind oder im Ausland geboren wurden). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lag bei 9 %. Die Hauptherkunftsländer waren Polen, die Türkei, Deutschland, der Irak und Rumänien. Die Zahl der Nachkommen von Immigranten (in Dänemark geborene Personen, von denen beide Elternteile weder in Dänemark geboren noch die dänische Staatsbürgerschaft innehaben) betrug knapp 170.000.

Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 ist es nicht verwunderlich, dass das Thema oben auf der politischen Tagesordnung stand und die Menschen immer mehr beschäftigte. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise waren in den Medien immer wieder Bilder von auf der Autobahn marschierenden Flüchtlingen zu sehen. Gleichzeitig wurde gefragt, wie all diese Menschen unterzubringen seien, und immer wieder insbesondere über die Zahl der syrischen Flüchtlinge berichtet. Aus einer im Januar 2016 vorgestellten Umfrage ging hervor, dass die Flüchtlinge und die Integration als die wichtigsten politischen Herausforderungen angesehen wurden. Zu der Zeit waren dies für 65 % der Befragten die wichtigsten politischen Probleme - das waren mehr als doppelt so viele wie in Bezug auf die Themen Gesundheit und Seniorenpolitik.¹

Die Einwanderungsdebatte kommt in Fahrt

Die öffentliche Debatte über Zuwanderung hatte bereits mit Ankunft der ersten Gastarbeiter Ende der 1960er-Jahre begonnen. Allerdings wurde sie seinerzeit eher sporadisch geführt und vorwiegend im Bezug zum Arbeitsmarkt. Da man erwartete, dass die Gastarbeiter in ihre Heimatländer zurückkehren würden, wurde kaum über ihre Kultur und Religion diskutiert oder über die Frage, ob sie sich gut in die dänische Gesellschaft integrierten.

Wie bereits erwähnt, wurde in Dänemark 1983 ein neues Ausländergesetz verabschiedet. Dieses Gesetz gewährte den Zugewanderten be-

stimmte Rechte: Beispielsweise hatten sie für die Zeit, in der ihr Asylantrag bearbeitet wurde, ein Bleiberecht in Dänemark, und vor allem wurde den Flüchtlingen, die eine Aufenthaltserlaubnis hatten, das Recht auf Familiennachzug eingeräumt. Das Gesetz wurde zwar von einer Minderheitsregierung unter Führung der Konservativen verabschiedet, aber man geht davon aus, dass es nur deshalb zustande kam, weil die Mitte-Links-Parteien zu dieser Zeit die »alternative Mehrheit« im Parlament besaßen. Bis auf die damals am äußersten rechten Rand stehende Fortschrittspartei (*Fremskridtspartiet*) stimmten alle Parteien für das Gesetz.

Als man dann im Laufe der 1980er-Jahre realisierte, dass die Gastarbeiter bleiben würden, und gleichzeitig immer neue Wellen von Flüchtlingen ins Land kamen, änderten sich die politische Einstellungen. Es begann eine Debatte über Familienzusammenführung, über die Verteilung der Zuwanderer im Land und auch über kulturelle Unterschiede. Die Linke hielt in der Flüchtlings- und Zuwandererfrage generell an einer »internationalistischen« Linie fest und bezeichnete die Probleme zwischen ethnischen Minderheiten als eine vorwiegend soziale Problematik. Dennoch machte Anker Jørgensen, der damalige Vorsitzende der Sozialdemokraten, 1987 folgende Bemerkung: »Die vielen Flüchtlinge und Zuwanderer sind ein Problem. Wir sollten uns vorsehen, nicht überrannt zu werden, denn es gibt Grenzen, wie viele Flüchtlinge ein kleines Land wie Dänemark aufnehmen kann. Meines Erachtens sollten wir die Zahl der Zuwanderer verhältnismäßig gering halten.« Im Jahr 2015 nahmen viele Sozialdemokraten Bezug auf dieses Zitat.

Die späten 1980er-Jahre wurden von einer Debatte rund um das Ausländerrecht beherrscht. Dabei bildeten sich zwei Lager: die »Hardliner«, die das Gesetz verschärfen wollten, und die gemäßigeren »Toleranten«, die das Gesetz mit nur wenigen Anpassungen beibehalten wollten. Diese beiden Lager sollten die Debatte noch mindestens zwei Jahrzehnte lang beherrschen.

In den 1990er-Jahren intensivierte sich die Einwanderungsdebatte, und es rückte die Frage nach der Verteilung der Zuwanderer auf die einzelnen Landesteile sowie nach neuen Ghettobildungen in den Mittelpunkt. Gleichzeitig richtete sich der Fokus auf kulturelle Gesichtspunkte und zu einem gewissen Grad auch auf das Thema Religion, vor allem auf den Islam. Der Krieg in Jugoslawien und die vielen überwiegend bosnischen Flüchtlinge führten auch dazu, dass das Asylrecht oben auf der Tagesordnung stand. In Dänemark wurde erstmals ein Gesetz verabschiedet, das den Bosniern ein befristetes Bleiberecht, aber unbefristetes Asyl einräumte, da man hoffte, dass es nicht lange dauern würde, bis sie

in ihre Heimatländer zurückzukehren könnten. Auch wenn den meisten Bosniern Asyl gewährt wurde, brachte die Situation eine Debatte über Rückführungen ins Heimatland in Gang. Mehrere Politiker waren der Ansicht, die Rückführung müsse das Ziel schlechthin sein – auch im Umgang mit den Neuankömmlingen aus Somalia.

Der Islam und seine Unterschiede zum christlichen Erbe Dänemarks nahmen nun einen größeren Raum in der öffentlichen Debatte ein – nicht zuletzt auf Initiative der 1995 gegründeten Dänischen Volkspartei (*Dansk Folkeparti*). Diese Partei mit ihrer Vorsitzenden Pia Kjærsgaard hatte sich aus ehemaligen Mitgliedern der Fortschrittspartei (*Fremskridtspartiet*) gebildet, die zu dieser Zeit die Partei am äußersten rechten Rand war und sich ursprünglich gegen Einwanderung und für die Abschaffung von Steuern engagiert hatte. Mit dem steigenden Zuspruch für die neue Partei verlor die Fortschrittspartei viele Anhänger und verschwand fast vollkommen von der politischen Bühne. Später distanzierte sich die Volkspartei von ihren ursprünglichen Forderungen nach »niedrigen Steuern und einem sich weit möglichst heraushaltenden Staat« und übernahm in Bezug auf Sozialleistungen, insbesondere für ältere Menschen, nach und nach viele traditionell sozialdemokratische Positionen. Im letzten Wahlkampf sprach sie sich beispielsweise für höhere öffentliche Ausgaben aus, als dies die Mitte-Links-Parteien taten, und machte sich einen Namen mit der Einführung und späteren Erhöhung einer Rentenzulage.

Die Debatte darüber, ob sich in Dänemark »Ghettos« bilden, also Stadtviertel mit einem hohen Bevölkerungsanteil von Flüchtlingen, Zuwanderern und Nachkommen von Zuwanderern, wurde von sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen in den westlichen Vororten von Kopenhagen angestoßen. An die eigene Partei, die nun seit 1993 an der Regierung war, richteten sie den Vorwurf, nicht genug für die Integration von Neuankömmlingen zu tun. Zudem entfachten sie eine Debatte darüber, ob die Flüchtlinge nicht über das ganze Land verteilt werden sollten, statt zuzulassen, dass sie in Gegenden mit Sozialwohnungen ziehen, in denen ohnehin schon viele Zuwanderer leben.

Das ist Teil des Hintergrunds von Dänemarks erstem Integrationsgesetz (*Integrationsloven*), das im Januar 1999 in Kraft trat. Im Gesetz war vorgesehen, dass Flüchtlinge in ihren ersten drei Jahren nach Bewilligung des Asylantrags in den Kommunen leben sollten, in denen der Bevölkerungsanteil an Zuwanderern und Flüchtlingen noch nicht zu hoch war. Obwohl das Gesetz von den Sozialdemokraten auf den Weg gebracht worden war, spiegelte sich darin sehr viel von dem Ansatz wider, den später auch die rechten Oppositionsparteien verfolgten.